

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXXI/79

27. April 1976

Soares braucht zuverlässige Partner

Die Wahlen brachten Klarheit über Portugals politische Struktur

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Lippenbekenntnisse nützen Berlin nichts

Klarstellungen zum wirklichen Engagement für die Lebensfähigkeit der Stadt

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 68 Zeilen

Wenn das Geld im Kasten klingt...

Wie sich die CSU von bayerischen Unternehmen aushalten läßt

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 5 / 41 Zeilen

Regionale Strukturpolitik in Bewegung

Extreme Randlagen müssen stärker berücksichtigt werden

Von Hans Büchler MdB

Mitglied des interfraktionellen Arbeitskreises Zonenrandförderung

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 28 67-38
Telex: 02 28 346-48 pbbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Soares braucht zuverlässige Partner

Die Wahlen brachten Klarheit über Portugals politische Struktur

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Vorstandes der

SPD und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Portugals Revolution am 25. April 1974 ist damals in Europa mit großer Sympathie begrüßt worden. Das Salazar-Ceetano-Regime hatte man auf dem Kontinent zu Recht als überstündig und ablösungsbereif eingestuft. Der Sympathie für die Revolution folgte nicht das notwendige Verständnis für die inneren Bedingungen der portugiesischen Entwicklung. Das europäische und noch mehr das amerikanische Zögern, dem neuen Portugal zu helfen, wurde häufig übertrumpft von der Neigung, Portugals Demokraten abzuschreiben, ehe sie die Fähigkeit der Selbstbehauptung gegenüber den Kommunisten hatten beweisen können.

Was immer an Kritik jetzt und künftig gegen Mario Soares vorgebracht wird, unangemessen oder berechtigt: daß die junge portugiesische Demokratie durch die Wahlen vom Sonntag erstmals eine verfassungskonforme politische Struktur erhält, ist zu allererst das Verdienst von Mario Soares. Er hat standgehalten zwischen idealistischen, aber wirklichkeitsfremden politischen Verirrungen junger Revolutionsoffiziere, dem Griff Cinhals nach der alleinigen Macht der Kommunisten; und Soares war auch der Damm gegen die Versuchung eines neuen Rechtsputches, der in den letzten Monaten so fern nicht war.

Gleichzeitig trugen die Sozialisten die Hauptlast der Verantwortung in der Regierung, ohne daß man ihnen das Chaos in Portugal oder das von Angola mit einer halben Million nach Portugal flüchtender Menschen anlasten könnte. In diesem zweijährigen ununterbrochenen Verschleißprozeß haben sich die Sozialisten mit Soares an der Spitze gut behauptet. Nicht erfüllt haben sich die Prognosen, daß die mehr liberale als

sozialdemokratische FPD (Demokratische Volkspartei) und die Konservativen vom CDS (Demokratisch-Soziales-Zentrum) zusammen die Mehrheit erringen würden. Die FPD hat nicht die erwartete Schlüsselrolle zwischen Sozialisten und Konservativen erzielt.

Da die Regierungsbildung erst nach der Präsidentschaftswahl ansteht, gibt es für Soares nicht den geringsten Anlaß, sich vor der Klärung der schwierigen Sachfragen festlegen zu lassen. Diese Klärung der Sachfragen ist notwendig, da Soares nach bitteren Erfahrungen allen Grund hat, an der für die Probleme des Landes erforderlichen Fairness im gegenseitigen Umgang von Koalitionspartnern zu zweifeln. Cunhal ist nach den Ereignissen 1975 mit seiner KP als fairer Koalitionspartner absolut unglaubwürdig, Carneiro hat den Sozialisten und Soares die Glaubwürdigkeit im politischen Selbstverständnis bestritten. Eine Annäherung braucht Zeit.

Drei große Probleme warten in Portugal nach den Wahlen auf ihre Lösung:

- 1/ die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme.
- 2/ die Festigung der Demokratischen pluralistischen Struktur.
- 3/ eine enge Zusammenarbeit eines demokratischen Portugals mit dem demokratischen Europa.

Soares wird bei der Lösung dieser Probleme die politische Schlüsselrolle zufallen; doch aus eigener Kraft kann Portugal, ganz gleich wer regiert, seine nach wie vor existentiellen Probleme nicht lösen. Portugal braucht nach wie vor zuerst die wirksame Hilfe der Demokratien Europas. In den vergangenen Jahren waren jene, die Ratschläge gaben, zahlreicher als jene, die tatsächlich geholfen haben.

(-/27.4.1976/ve/e/pr)

+ + +

Lippenbekenntnisse nützen Berlin nichts

Klarstellungen zum wirklichen Engagement für die Lebensfähigkeit der Stadt

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

In diesen Tagen nimmt das im Juni 1975 beim zweiten Berliner Wirtschaftsgespräch unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers beschlossene "Internationale Zentrum für Ost-West-Kooperation GmbH" seine Arbeit auf. Seine Gesellschafter sind der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die IHK Berlin und die Berliner Absatzorganisation. Zum ersten Mal wird West-Berlin damit vor der Wirtschaft auch organisatorisch in den wachsenden Osthandel einbezogen, der bisher größtenteils an der Stadt vorbeigeflossen war.

Die Wirtschaft der Zwei-Millionen-Halbstadt ist besser durch die jüngste Rezession gekommen als die Wirtschaft im gesamten Bundesgebiet. Statt lag die Arbeitslosenquote unter dem Bundesdurchschnitt und das reale Brutto-Inlandsprodukt ging nur um 2 vH zurück gegenüber 3,4 im Vergleich. Dennoch finden sich im jüngsten Jahresbericht der Berliner Industrie- und Handelskammer kritische Töne. Vor allem politische Bemerkungen sind es, die zum Widerspruch reizen. Auf wen eigentlich ist der Satz gemünzt, "die Entspannungseuphorie im Westen hat sich als folgenschwerer Irrtum erwiesen"? Wer hat da wen in den letzten Jahren mißverstanden und warum? Die Wirtschaft kann die Ergebnisse der Ost-Verträge mit den Händen greifen. Auf dem Wasser, auf Schienen und Straßen fließt der Berlin-Verkehr unter dem Transitregime reibungsloser als an mancher Westgrenze; Staus und Wartezeiten gibt es häufig am Brenner, aber nicht mehr in Helmstedt.

Der Verlust industrieller Arbeitsplätze gegenüber dem Zuwachs im öffentlichen Dienst, von der Kammer beklagt, ist ein ernstes Problem. Doch Dienstleistungen waren es in ebensolchem Ausmaß, die die Beschäftigungsstruktur der früheren Reichshauptstadt kennzeichneten. Ohne die Spur einer östlichen Pressurette die Regierung Adenauer ab 1949 Stück für Stück die ehemaligen Reichsbehörden in Berlin demontiert: das Patentamt nach München, das Statistische Amt nach Wiesbaden, die Physikalisch-Technische Anstalt nach Braunschweig, die Arbeitslosenversicherung nach Nürnberg, die Schuldenver-

waltung nach Bad Homburg, die Monopolverwaltung nach Offenbach, das Posttechnische sowie das Fernmeldetechnische Zentralamt nach Darmstadt usw.

"Weiter erleben wir eine Bequemlichkeit, die sich häufig als schlecht getarnte Feigheit darstellt, nämlich das Argument, man könne den Beamten nicht zumuten, nach Berlin, auf diese gefährvolle Insel, überzusiedeln," hatte der SPD-Abgeordnete Willy Brandt am 15. März 1951 beklagen müssen. 11.000 Arbeitsplätze in der Bundesverwaltung gingen bis 1954 in Berlin verloren.

Bis dahin noch war die Elektroindustrie das Rückgrat der gewerblichen Wirtschaft der Stadt gewesen. Die AEG wanderte nach Frankfurt am Main aus. Der Siemens-Konzern, der dem Stadtteil zwischen Spree und Havel den Namen Siemensstadt gegeben hat, verlagerte seinen Mittelpunkt nach München und Erlangen. Noch in den sechziger Jahren verzog die größte Privatversicherung, die Deutsche Kranken-Versicherungs AG, von Berlin nach Köln. Sie verlegt bis in diese Tage Arbeitsplätze nach dort.

Zu dieser Ost-West-Drift war bisher ein deutliches Wort aus der Berliner Wirtschaft selbst nicht zu vernehmen. Auch die örtlichen CDU-Politiker Lummer und Lorenz, mit Berlin-Ideen vom Planungsstab im Kanzleramt bis zur täglichen Wortmeldung in Sachen Nationalstiftung tätig, riskieren gegenüber den großen Privatunternehmen kein Wort.

Auf einem begrenzten Raum, dessen Boden sich nicht vermehren läßt, stößt inzwischen die Industriensiedlung an ihre Grenzen. Wenig sinnvoll ist es, Rohstoffe 160 Kilometer hinter die Zonengrenze zu transportieren, um sie dann von ungelernten Arbeitskräften aus Anatolien nur mäßig veredelt, mit geringer Wertschöpfung in das Bundesgebiet zurückzufahren. Neben den Dienstleistungen braucht West-Berlin "intelligente Technologien". Im Jahre 1976 schon die Rückkehr der gesamten Konzernspitzen von AEG-Telefunken und Siemens an die Spree zu fordern, wäre gewiß noch utopisch, aber für Teilbereiche, wie etwa Forschung und Entwicklung, sollte nunmehr ein mittelfristiger Verlagerungsplan aufgestellt werden. Sie finden in Berlin alle Voraussetzungen für eine breite Entfaltung vor und Debatten über den Vier-Mächte-status wird eine Industrierückführung garantiert nicht auslösen.

Sollte die Wirtschaft für ein solches Projekt staatliche Hilfe wünschen, wird sie überall offene Türen vorfinden. Wer eine angebliche unzureichende staatliche Aktivität beklagt, muß sich fragen lassen, wo das eigene Engagement bleibt. (-/27.4.1976/va/e/pr)

+ + +

Wenn das Geld im Kasten klingt ...

Wie sich die CSU von bayerischen Unternehmern aushalten läßt

Von Dr. Rudolf Schöpfberger MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Alljährlich bekommt die CSU von einem ziemlich unbekanntem Verein eine namhafte Millionenspende. Das letzte Mal waren es ausweislich des im Bundesanzeiger veröffentlichten Rechenschaftsberichts der CSU 3,5 Millionen DM. Hinter dem potenten Gelageber verbirgt sich die "Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung e.V.". Sie hat ihren Sitz in der Münchner Maximilianstrasse, Vorsitzender ist der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Professor Rodenstock, Geschäftsführer ein Herr von Gregorius. Nach einer Auskunft des Bayerischen Finanzministeriums ist die Vereinigung nicht als gemeinnützig anerkannt. Sie hat auch niemals einen entsprechenden Antrag gestellt.

Diese Vereinigung dient auch nicht dem allgemeinen Nutzen, insbesondere nicht - wie man aus ihrem Namen schließen könnte - der staatsbürgerlichen Erleuchtung und Erbauung. Hauptvereinszweck scheint das Einsammeln von Unternehmensspenden für die CSU zu sein. Und dies tut die "Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung" schon seit 20 Jahren. Allein in den Jahren zwischen 1969 und 1974 hat sie der CSU laut deren Rechenschaftsberichten rund 14,8 Millionen DM zukommen lassen. Nebenbei sind auch für die FDP erkleckliche Summen abgefallen. Früher durfte sogar die Bayernpartei an der Futtertrog. Doch seit deren Niedergang manifest ist, bekommt sie kein Geld mehr. Bayernpartei-Chef Sponheimer: "Als ich vor der Landtagswahl (1974) bei der 'Staatsbürgerlichen Vereinigung' um eine Spende bat, beschied mich BSV-Geschäftsführer v. Gregorius abschlägig."

Über die Herkunft der Millionensummen befragt, gab ein Sprecher der "Staatsbürgerlichen Vereinigung" bereitwillig Auskunft: Die letzte Gesamtspende an die CSU in Höhe von 3,5 Millionen DM setzt sich aus den kleinen und großen Spenden von 500 bis 700 bayerischen Unternehmen zusammen.

Die CSU-Landesleitung weiß das. Sie läßt sich von Unternehmern aushalten. Aber nichts ist umsonst; alles hat seinen Preis. Bayerische Unternehmer haben nur selten mäzenatische Spendierhosen an. Sehr viel mehr halten sie von der Methode cash & carry - zahlen und mitnehmen. Wer zahlt, schafft an!

Was muß die CSU als Gegenleistung erbringen; was muß sie in Regierung und Parlamenten leisten, um sich der alljährlichen Millionenspenden würdig zu erweisen?

Eine bessere Ertragslage für Unternehmer (der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß auf dem CDU-Parteitag in Mannheim), Steuerprivilegien für die Reichen, die Garantie der Planungsgewinne in der Bodenspekulation, soziale Demontage für Arbeitnehmer, und vor allem die Verkettung des demokratischen Sozialismus - das sind die willfährigen Gegenleistungen der CSU. Oberstrategisch gedacht: CSU-Politik ist auch die Kunst, mit den Millionen der Millionäre die Stimmen der Millionen zu bekommen, um für die Millionäre wirksamer Politik machen zu können.

(-/27.4.1976/ve/e/pr)

Regionale Strukturpolitik in Bewegung

Extreme Randlagen müssen stärker berücksichtigt werden

Von Hans BÜchler MdB

Mitglied des interfraktionellen Arbeitskreises Zonenrandförderung

Als beispielhaft gilt in Europa die Strukturpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialliberale Koalition hat mit der "regionalen Strukturpolitik", dem Zonenrandförderungs-gesetz und dem Bundesraumbordnungsprogramm strukturpolitische Instrumente entwickelt, mit deren Hilfe eindeutige Erfolge zugunsten der schwachstrukturierten Gebiete erzielt werden konnten.

Nach wie vor ist aber das Ziel - gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen - in weiter Ferne. Zu schwerwiegend sind die Versäumnisse von CDU/CSU auf diesem Sektor als Regierungsparteien. Demals wurden alle Vorschläge der Sozialdemokraten, wie man ausgewogene Entwicklungen in allen Landesteilen ermöglicht, als Planwirtschaft abgewiesen und verunglimpft.

Heute geht die Diskussion um die Weiterentwicklung der Strukturpolitik. Es zeichnet die Sozialdemokraten aus, daß sie diese Diskussion vortreiben. So hat im vorigen Jahr die bayerische SPD-Landesgruppe im Bundestag in Weiden/Oberpfalz eine umfangreiche Ausarbeitung mit konkreten Vorschlägen zur Erhöhung der Effektivität der Strukturpolitik vorgelegt. In dem Gremium (Planungsausschuß) der Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur" wird heute ebenfalls über neue Zielsetzungen diskutiert.

Zwei Gründe haben dazu geführt:

1/ Die Gemeinschaftsaufgabe wurde in den vergangenen Jahren mit vielen Kompromissen zwischen den Ländern belastet. Die Fördergebiete sind zu weit ausgedehnt worden. Das Förderungsschwerpunktprinzip wurde nicht konsequent genug durchgeführt. Die Erfolgsmeldungen, daß neue Gebiete oder ein neuer Schwerpunkt (Stadt) in die Förderung aufgenommen wurde, war für manche Ländervertreter wichtiger als die gesamte Effektivität der Strukturpolitik.

2/ Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen wird immer schwieriger. Die Zeit der Firmenneugründungen ist fast vorbei, so

daß im wesentlichen nur noch Auslagerungen aus Ballungsräumen das Arbeitsplatzangebot in den schwachstrukturierten Gebieten verbessern kann.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung müssen die Vertreter des Bundes und der Länder im Planungsausschuß zu einer offenen Diskussion ohne Besitzstandsdenken und ohne Scheuklappen bereit sein. Die Parlamente im Bund und in den Ländern haben zwar keine Möglichkeit direkt einzuwirken, aber sie haben den starken Hebel der Masse in der Hand und sollten klar machen, daß sie kein Verständnis für Prestigedenken in dieser wichtigen Frage haben.

Folgende Verbesserungen, die zum Teil schon diskutiert werden, müßten in den neuen Rahmenplan eingebaut werden:

- Schaffung der Förderungspräferenzen zugunsten der Standorte, die am weitesten von den Wirtschaftszentren entfernt sind/ Es müßte eine verbindliche Formel erarbeitet werden, die die Entfernung zu den Verdichtungsgebieten der Bundesrepublik und in der EG sowie die Verkehrsanbindung berücksichtigt; damit könnte ein Ort unmittelbar an einem Verdichtungsgebiet nicht mehr Höchstpräferenz genießen.

- Staffelung der Förderung nach Arbeitsmarktlage und Binnenwanderungssituationen in den Arbeitsmarktreionen.

- Überprüfung der Abgrenzung der Fördergebiete und Auswahl der Schwerpunkte mit dem Ziel zu einer Verringerung zu kommen/Dazu gehört die Entwicklung einer objektiven Berechnungsmethode, die dann auch von allen Ländern anerkannt wird.

- Die Förderungssysteme müssen durchschaubarer gemacht werden/Alle Förderungsmaßnahmen, auf jeder Ebene (Kommune, Land, Bund) müssen offengelegt werden. Es darf keine versteckten Subventionen mehr geben.

- Aufbau einer Erfolgskontrolle/Eine der schwächsten Punkte der regionalen Strukturpolitik ist die fehlende klare Erfolgskontrolle; die Politik aber braucht einwandfreie Unterlagen um die nötigen Entscheidungen, vor allem für die Zielsetzungen der Strukturpolitik zu treffen.

Wenn sich der Planungsausschuß in den nächsten Monaten über diese Punkte einig wird, ist die regionale Strukturpolitik in ihrer Effektivität wieder einen wesentlichen Schritt nach vorne gebracht. Nutznießer werden vor allem die strukturschwächsten und die von den großen Wirtschaftszentren der EG am weitesten entfernten Regionen sein. Dies liegt im Sinne des Auftrages des Grundgesetzes und im Sinne der strukturpolitischen Zielsetzungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(-/27.4.1976/ve/e/pr)